

# Die Kalmitsstraße.

Ein Sozial- und Wirtschaftsproblem.

Von Geheimrat Almaras, Berlin.

Mächtig und doch im Zauber der lieblichen und belebenden Eigenart der deutschen Mittelgebirge liegt der Kalmi am Rande des Oberrheins des Haardtgebirges. Von seinem Gipfel ein umfassender Rundblick, einzig in seiner Art, in seiner Weite und Pracht, ist der Kalmi wohl einer der lohnendsten und prächtigsten Höhen- und Aussichtspunkte der deutschen Mittelgebirge. Viel hin und in den Bergen gewandert in Europa, Afrika und Südamerika und auf vielen Bergeshöhen gestanden, aber immer wieder,

wenn ich auf dem Kalmi stehe, will es mir erscheinen, daß hier Natur- und Menschenkräfte zusammengeflochten haben, ein Landschaftsbild zu schaffen, wie es wenig übertroffen werden kann.

Soweit der Blick nach Süden, Westen und Norden geht, breiten sich die breiten, üppig grünen Waldungen der Haardtgebirgszüge aus, im Norden begrenzt durch das breite Massiv des Donnersbergs, im Westen scheinbar ohne Grenzen und im Süden durch die Kesselberge der Vogesen. Ganz anders das Bild nach Osten zu; hier sind es die weiten Anbauflächen der Rheinebene, durchzogen von dem Silberstreifen des Rheins und im Osten begrenzt von den Bergketten des Oberrheins, des Neckarlandes und des Schwarzwaldes; an den Hängen längs der Haardtberge die grünen Streifen der Weinberge, die weite Ebene mehr das Bild eines großen Gartens, als das übliche der Ackerlandgegend. Tage und Geschichte knüpfen sich an die in Sicht liegenden Berge wie Donnersberg, Orensfelsen, Drachenfels, an die Kaiserburg Trifels, an die Reichsstadt Speyer, sowie an Worms, die alte Stadt der Burgunder, und an die Ruinen des Schlosses Heidelberg, um nur die wichtigsten zu nennen. Und doch wer kennt die Pfalz und ihren Höhenberg, den Kalmi, außerhalb der engen Pfälzergränzen? Dieses sonnige Land, wie es oft benannt wird, das alle natürlichen Vorbedingungen für den Fremdenverkehr hat, das warme, sonnige Klima, Wälder, Gemüse, Obst, Weintrauben, den Wein, liegt fern vom Fremdenstrom, fast unbekannt, namentlich den norddeutschen Touristen, die in der Urlaubszeit das alles suchen, was hier in reichlicher Maße geboten wird und geboten werden kann. Diese Tatsache besteht. Warum das so ist, hat seine mannigfachen Gründe, auf die ich noch zurückkommen werde.

Es ist jedenfalls in der Pfalz bisher noch nicht genug gesehen, was die Fremden heranziehen könnte.

Vor allem fehlt es an geeigneten Verkehrswegen, an Höhenstraßen und geeigneten Verkehrseinrichtungen, wie sie in überreichem Maße in Oberbayern, im Schwarzwald, im Taunus, im Harz, im Riesengebirge usw. geschaffen sind. Was hier zu tun ist, können nicht einzelne Personen, nicht einzelne Gemeinden leisten, das wäre Sache der Gesamtheit der Pfälzer, an ihrer Spitze der Regierung in Speyer. Wenn aber die Gemeinde Altmann, zunächst veranlaßt durch Gründe der sozialen Fürsorge, den Ausbau der Kalmitsstraße als Autostraße sachgemäß durchführt, so kann sie sich davor zu Gute schreiben, daß sie das Interesse für diese wichtigen Fragen geweckt hat. Man spricht davon, es erscheinen Artikel in den Zeitungen man vergleicht auch mit anderen Ländern, und man denkt darüber nach. Der Bau der Kalmitsstraße kann so gewissermaßen die erste Etappe in der Reihe der Maßnahmen sein, die getroffen werden müssen, um der Rheinpfalz neue Einnahmequellen durch den Fremdenverkehr zu bringen. Was die Gemeindeverwaltung Altmann mit ihren schwachen finanziellen Mitteln dazu beitragen konnte und beitragen kann, hat sie bisher gezeigt und verwirklicht. Wollen wir hoffen, daß es weiter geht und daß es ihr möglich gemacht wird, das Werk zu vollenden, vor allem, daß sie von den zuständigen Stellen und Verbänden unterstützt wird, daß sie, wie sie das bisher musterhaft getan, die Arbeitslosenunterstützung ihrer Gemeindeglieder in produktive Arbeit umsetzen und diese für den Straßenbau nutzbar machen kann. Das Kalmitsmassiv liegt auf dem der Gemeinde Altmann gehörigen Gelände. In der Nähe liegt die Bergspitze von der Kirche in Altmann 4 km. entfernt. Neustadt und Edensofen liegen weiter weg. Deshalb ist es richtig zu sagen, daß der Kalmi bei Altmann liegt. Allgemein wird die Höhe des Kalmits mit 683 Meter, die des Donnersbergs mit 687 Meter angegeben. Daran hätte der Donnersberg die höchste Höhe der Pfalz. Aber so gut ich weiß, liegen hier diese Annahmen völlig einwandfreie Feinvermessungen noch nicht vor. Auf der Höhe des Kalmits mit 683 Meter, die des Donnersbergs mit 687 Meter angegeben. Daran hätte der Donnersberg die höchste Höhe der Pfalz. Aber so gut ich weiß, liegen hier diese Annahmen völlig einwandfreie Feinvermessungen noch nicht vor. Auf der Höhe des Kalmits mit 683 Meter, die des Donnersbergs mit 687 Meter angegeben. Daran hätte der Donnersberg die höchste Höhe der Pfalz. Aber so gut ich weiß, liegen hier diese Annahmen völlig einwandfreie Feinvermessungen noch nicht vor.

Bisher hat die Gemeindeverwaltung Altmann für die Erschließung des Kalmits sowie ihres umliegenden Waldes wenig getan. Der alte Fahrweg von Altmann aus, ist wegen seiner Steilheit kaum befahrbar; von Hambach aus besteht zwar im Anschluß

an die Pionierstraße auf das Hambacher Schloß ein gut trakterter Weg auf den Kalmi, doch ein sehr weiter Weg und nur als einfacher Waldweg ungenügend ausgebaut. Es liegt daher nahe, daß die Gemeinde Altmann durch eine gute Zufahrtsstraße sich den Zugang zu dem höchsten Berg der Pfalz auf ihrem Gebiet sichern will und gleichzeitig ihrem Vordringen und Hinterland eine gute Anfahrtsstraße schafft. Von einer Konkurrenz zu dem Hambacher Weg kann nicht gesprochen werden, weil dieser erst richtig ausgebaut werden müßte. Auch wäre mit letzterem die Frage der Wäldererschließung für die Gemeinde Altmann nicht gelöst.

Was nun den technischen Teil der Straße anbelangt, so ist das Projekt unter Zugrundelegung der Katasterpläne im Maßstab 1:5000 und 1:2500 aufgestellt und die Linie abgeleitet und zwar möglichst kurz und ausschließlich auf Altmanns Gelände gelegen. Verlorene Steigungen kommen nicht vor. Die Maximalsteigung beträgt 8 Prozent. Die Krümmungen und Kurven sind außerordentlich günstig; die Straße ist überall gut überblickbar. Die Fahrbahnbreite beträgt 0,0 m; sie schließt sich durchgängig unmittelbar an die bergseitigen Wasserabfuhrgräben an, die 0,4 m breit und mit Sohlenbreite von 0,4 m angelegt, und, soweit sie nicht im festen Boden liegen, grob gepflastert werden. Sie wird mit einer beiderseitigen Neigung versehen und mit einer 25 cm hohen Pflasterung aus den beim Bau gewonnenen Steinen befestigt. Auf diese Pflasterung, die beiderseitig durch ca. 20 cm breite Zementbetondecken gehalten wird, soll eine Basalt- oder Granitpflasterung von ca. 6 cm Stärke aufgebracht werden. Der Fußgängersteig befindet sich im Einschnittsrande auf der Talsohle und soll je nach den Geländebedingungen beliebig, aber mindestens 50 cm breit sein. Im ebenen Gelände sind beiderseitige Fußwege angelegt. In der Kehrwende hinter dem Steinbruchweg wird die Fahrbahnbreite 6,0 m breit und ohne Fußwege und in der auf dem Weitenberg 5,0 m gleichfalls ohne Fußwege angelegt. Die Durchlässe sind zum größeren Teil schon gebaut, sie sind als Delfendurchlässe aus dem vorhandenen Steinmaterial angelegt und haben 40 bis 60 cm tiefe Weite.

Am Fuß des Kalmits beim Kastanienwäldchen, wo sich bei schweren Regengüssen die Wassermassen vom Kalmitsmassiv zusammenrängen, ist eine Steinbrücke mit 3 freisitzenden Öffnungen von je 3 m tiefer Weite geplant, die gleichfalls aus dem beim Bau anfallenden Steinmaterial in Zementmörtel hergestellt wird.

Die gesamte Bauausführung ist so angelegt, und auch bisher durchgeführt, daß alle Arbeiten von

den ungelerten Arbeitern ausgeführt werden können und auch werden, so, daß abgesehen von den Kosten für das Baugeld, das Handwerkszeug, die Schmiede, die Unterfrischhütten und den Zement nur Arbeitslöhne in Anrechnung kommen.

Die Straße verläuft oberhalb Altmann weiter bis nahe an den Privatwald auf dem Steinbruchweg. Von der Kreuzung dieses Weges mit der Berggasse bis zum Kalmi sind rund 440 m Höhenunterschied; die Straße wird zwischen diesen Punkten nach der Planmessung rund 6,2 km. lang. Auf dem Steinbruchweg bis zur Waldbegrenze liegen zwei kurze Strecken mit stärkeren Steigungen; die erstere läßt sich gut beseitigen dadurch, daß man sie beim höchsten Punkt 1,50 m bis 2,0 m abhebt und das Material beim vorliegenden Durchlaß aufschüttet. Bei der zweiten Steigung verlegt man die Linie an den talseitigen Fuß des alten Weges. Die dabei neuzubauende Strecke wird 28 m lang und erhält erst auf 55 m Länge 7 Prozent und dann 6 Prozent Steigung. Ungefähr 30 Dezi-malen Weinbergland des Gemeindegeländes werden dafür erforderlich. Weiterhin sind auf der Steinbruchwegstrecke drei Durchlässe einzubauen.

Bei der Waldbegrenze trennt sich die neue Straßenlinie vom Steinbruchweg und zieht sich am äußeren Berghang entlang zur Kehrwende, die ca. 100 Meter hinter der Steinbruchwegstrecke mit nur 2,8 Prozent Steigung und mit verbreiteter Fahrbahn von 6 m angelegt ist. Das für die Lichtfahrlinie auf dem Kalmi freizuhaltende Gelände ist möglichst benutzt. Gleich bei der Kehrwende soll mit kurzem Anschlußstück entlang der Lichtfahrlinie der Sommerbergweg sich anschließen. Von der Kehrwende zieht sich der neue Weg zu den Altmannwäldern des Steinbruchs, wobei auf kurzer Strecke der alte Steinbruchweg mit benutzt wird, zieht sich dann vorn am Weiterberg entlang zum rückliegenden Sattel, von da geht sie in gleichmäßiger Steigung auf dem Sommerberg zum Fuß des Kalmits beim Kastanienwäldchen, wo die Hälfte des Weges erledigt ist, und wo auch die Brücke zu bauen ist. Vom Kastanienwäldchen steigt die Straße weiter am Weitenberg an, wendet auf der Höhe mit einer Kehrwende von 25 m Halbmesser, geht dann westlich zum Kalmitsmassiv, zuerst an dessen Ostseite, dann an der Nordseite weiter, wendet sich zum Sattel zwischen dem großen und dem kleinen Kalmi und schließt sich dann in einer kurzen horizontalen Strecke an den Hambacher Weg an. Ursprünglich war geplant, unmittelbar vom Sattel des großen und kleinen Kalmits ohne Benutzung des Hambacher Weges emporzufahren. Es wurde der längere Weg gewählt, weil gerade dieses obere Stück des Hambacher Weges landwirtschaftlich reizend ist, aus dem vermieden werden soll, daß den Berggipfel zu viele Wege durchziehen.

Auf dem Weg vom Kalmitsgipfel in der Richtung zum kleinen Kalmi und beiderseits dieses Weges können Kraftwagen in größerer Zahl bequem parken. Größere Bauarbeiten sind dafür erforderlich. (Fortsetzung folgt).

## Flucht aus der Fremdenlegion.

Der Heimgekehrte erzählt . . .

\* Pirmasens, 14. Okt. Der über die deutsche Grenze desertierte Fremdenlegionär Karl Formoff aus Gernsheim a. Rh. konnte über seine gelungene Flucht interessante Einzelheiten erzählen. Er hatte sich vor nunmehr 4 Jahren in Mainz zur Fremdenlegion anwerben lassen, veranlaßt durch Zerwürfnisse zuhause und Arbeitslosigkeit. So betrachtete er den Weg zur Fremdenlegion als vorläufige annehmbare Lösung seiner Existenzfrage. Formoff führte sich gut und wurde in der kurzen Zeit von vier Jahren bis zum Sergeanten befördert. Da seine fünfjährige Dienstzeit zu Ende ging, wurde ihm nahegelegt, sich auf eine weitere Reihe von Jahren zu verpflichten. Formoff, der sich schon einen Fluchtplan zurecht gelegt hatte, ging zum Schein darauf ein, wußte er doch, daß ihm die Neuverpflichtung die Möglichkeit verschaffe, Urlaub nach Frankreich zu erhalten. Er mußte allerdings dort Verwandte nachweisen, die gewissermaßen für ihn bürgen. Glücklicherweise hatte er solche im Elsaß und so dampfte er, mit einem regulären Urlaubschein in der Tasche von Tunis, wo er zuletzt in Garnison lag, nach Marseille. Von dort aus benutzte er die Bahn nach Béziers und wandte sich dann der deutschen Grenze zu. Dem französischen Zollner erzählte er, daß er an der Grenze einen Bekannten aus Deutschland erwarte, mit dem er sich unterhalten wolle. Der Zollbeamte glaubte dies und so kam Formoff unbemerkt über die Grenze.

Über das Leben in der Fremdenlegion konnte Formoff nichts anderes berichten, als die vielen Leidensoffen vor ihm ungeheure Strapazen, schlechte Behandlung, Entbehrungen über Entbehrungen, dazu das Tropenfieber, das viele Leute hinwegraffte. Formoff will nach Frankfurt am Main fahren, um seinen betagten Eltern, die von seiner gelungenen Flucht keine Ahnung haben, die Freude eines allfälligen Wiedersehens zu bereiten. Seine Legionsuniform werde ihm eine Erinnerung sein, meinte er und so beschloß er: Hoffentlich eine Warnung nicht nur ihm allein, sondern auch allen denen, die mit der Versuchung kämpfen, sich der französischen Fremdenlegion in die Arme zu werfen. Des Frankfurters unerwartete und glatte Flucht ist eine Erinnerung. Africas

Sonne ist unbarmherzig wie die Peitschen der Führer der Söldningstruppe und die weite Wüste hat viel Raum für einsame Higel, unter denen unglückselige Menschen ihr Schicksal beschließen . . .

## Schütze dein Heim!

Ueber die Stapelung leicht brennbarer Stoffe in Dörfern.

\* Wenn man im Herbst durch unsere Dörfer wandert, so findet man häufig in nächster Nähe von Häusern und Wirtschaftsgebäuden, ja, sogar auf den Gehöften selbst, in offenen Schuppen, Häufen von Stroh, Heu, Reisig, Streu und ähnliche leicht brennbare Stoffe aufgestapelt. Das mag auf alten Ueberlieferungen und Gewohnheiten beruhen, ist aber nicht allein höchst feuergefährlich, sondern unter Umständen auch strafbar! Wie leicht kann ein achtlos fortgeworfenes brennendes oder noch glimmendes Strohstück einen solchen Haufen in Brand setzen! Für die Flammen ist dann der Sprung aufs Hausdach eine Kleinigkeit und schon lodern sie dort hoch und vernichten wertvolles Gut, unter Umständen Menschen- und Tierleben. Auch für spielende Kinder sind solche Haufen ein sehr gefährlicher Anziehungspunkt, und schon manches Unwese ist dem Kinderstreich mit Stroh- oder Heuhäufen zum Opfer gefallen. Bedenkt man ferner, daß in geschlossenen Dörfern aus einem solchen Brande leicht ein verheerender Ortsbrand werden kann, so braucht es keines weiteren Beweises mehr für die Notwendigkeit, diese feuergefährliche Lagerung von leicht brennbaren Materialien in der Nähe von Gebäuden energisch zu bekämpfen. Seitens der Behörden geschieht das auch. So ist z. B. für die Lagerung von Heu, Stroh- und Kommoden usw. im allgemeinen eine Mindestentfernung von 30 m von Gebäuden und öffentlichen Wegen polizeilich vorgeschrieben. Daß die Polizeibehörden auf Zuwiderhandlungen ein wachsames Auge haben, ist wohl selbstverständlich, sollte wenigstens seiner Frage bedürfen. Aber der gegen diese Polizeivorschriften Verstößende läuft nicht allein Gefahr, bestraft zu werden, ihn trifft noch eine weit härtere Strafe, wenn durch die Fahrlässigkeit ein Brand entsteht. In solchen Fällen kann



# Kalmitstraße.

Ein Sozial- und Wirtschaftspröblem.

Von Geheimrat Almaraz, Berlin.

(Fortsetzung).

Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sowie über die Wirtschaftlichkeit des Baues einer Straße auf den Kalmit kann man verschiedener Meinung sein. Ich selbst habe die Gemeindeverwaltung dazu weder ermuntert, noch habe ich davon abgeraten. Dadurch aber, daß ich bei der Projektierung und Bauausführung mitgeholfen habe und auch weiterhin, soweit es mir möglich ist, mitwirken werde, lasse ich keinen Zweifel darüber bestehen, daß ich die Maßnahmen der Gemeindeverwaltung, die Kalmitstraße zu bauen, und die Art und Weise, wie sie die Straße durchführt, für richtig halte. Sicherlich wäre die Kalmitstraße auch bei günstiger Wirtschaftskontunktur gebaut worden; in den letzten Jahrzehnten hatte die Gemeinde dringlichere Aufgaben, wie Wasserleitungserweiterung, Kanalisation, Neupflasterungen usw., daß aber gerade die Not der Zeit mit all ihren drückenden Begleitererscheinungen den Plan, die Straße auszubauen, verwirklicht, ist das eigentümliche. Es klingt betrogen, aber es ist so und ist begründet; denn wie in fast allen Dörfern der Weingegend der Pfalz ist auch in der Gemeinde Mailammer der verfügbare Anbauboden für die wachsende und ortsame Bevölkerung zu klein geworden. Bis vor wenigen Jahren haben hier die Email- und Stanzwerke Ullrich ausgiebig gewirkt, sie haben die überschüssigen Kräfte beschäftigt und somit zum Wohlstand der Gemeinde beigetragen. Mit ihrem Zusammenbruch verloren nicht bloß die in der Gemeinde gebürtigen Fabrikarbeiter, sondern auch noch eine größere Anzahl von im Laufe der Jahre zugewanderten Arbeiter ihren Erwerb. Ihre Zahl beträgt mehr als Hundert, für eine Gemeinde wie Mailammer eine schwere Belastung. Diese Leute ohne Arbeit zu lassen oder sie mit minderwertigen Arbeiten zu beschäftigen, nur damit sie als beschäftigt gelten, gleichgültig ob oder was sie leisten, eins wie das andere ist unwirtschaftlich und wirkt demoralisierend.

Wie das große Deutschland, so hat auch das überfüllte Mailammer die große soziale Aufgabe zu erfüllen, für die überschüssigen Kräfte Arbeit zu schaffen.

Ohne Zweifel ist die Stärke des deutschen Volkes — ich habe das auf meinen Reisen bei anderen Völkern immer wieder bestätigt gefunden — die Arbeitslust und die Arbeitskraft aller seiner Schichten; das ist ein Attribut von ausschlaggebender Bedeutung, das uns bei aller Misere der gegenwärtigen Lage und dem Dunkel, in das gegenwärtig das Schicksal des deutschen Volkes gehüllt ist, den Glauben an die bessere Zukunft und an ein Wiederhochkommen erhält und stützt. Der immer wieder laut werdende Alarmruf der arbeitslosen Massen: „Wir wollen keine Unterfütterung, keine Almosen, wir wollen Arbeit!“ ist tiefe Wahrheit und Wirklichkeit. Das Problem der Arbeitslosenunterstützung ist in Deutschland noch nicht gelöst, das der Schaffung produktiver Arbeit noch weniger. Wir haben eine Reichsarbeitslosenunterstützung, eine Krisenfürsorge.

Wir haben dafür unzählige Ämter und Stellen; wir haben Sozialämter, damit immer die eine den Unterstützungsbedürftigen auf die andere abgeben kann. So hatten auch die Arbeitslosen von Mailammer schon die Arbeitsfürsorge und die Krisenfürsorge passiert. Schon in dieser Zeit hat die Gemeindeverwaltung, soweit sie es konnte, für Arbeit gesorgt und Arbeiten wie die Kanalisation, Ausbau der Wasserleitung, Neupflasterungen, Verbesserung der Wald- und Feldwege usw. ausführen lassen. Die besten der Wohlfahrtsfürsorge, die dritte Stufe der Versorgungsarten hat nun die Gemeinde ausschließlich zu tragen. Damit wird ihre finanzielle Leistungsmöglichkeit auf äußerste beansprucht und sie handelt durchaus richtig und zweckentsprechend, wenn sie von der ihr sich bietenden Möglichkeit, die Unterhaltungsarbeiten auf die Reichsversicherungsanstalt abzuwälzen Gebrauch macht, dadurch daß sie den Arbeitslosen für die erforderliche Zeit von 26 Wochen reguläre Arbeit verschafft, um sie dann wieder der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung durch das Reich überweisen zu können. Das ist keine neue Weisheit, aber die Art und Weise wie die Gemeindeverwaltung diese schwierige Frage gelöst hat, wie sie es verstanden hat, gleichzeitig den sozialen Anforderungen sowie den Gemeindefinanzien Rechnung zu tragen, ist — man kann nicht anders sagen — musterhaft. Die Arbeiter werden bei vollem ortsüblichen Lohnsatz und den üblichen Versicherungsbeiträgen als Arbeiter beschäftigt und es wird der sozialen Lage der Arbeiter dadurch Rechnung getragen, daß Verheiratete mit 3 und mehr Kindern 6 Tage, die übrigen Verheirateten 4 Tage und die ledigen 4 Tage in der Woche Arbeit bekommen. An den übrigen Tagen der Woche steht es ihnen frei zu arbeiten, wo und wie sie wollen. Damit hat die Gemeinde keine erheblichen Mehrkosten, als wenn sie die Beträge der Wohlfahrtsfürsorge auszahlen würde, hat aber dafür die Vor-

teile der Arbeitsleistung an den Arbeitstagen. Die Arbeiter haben Arbeit, sie stellen sich finanziell besser und sie können an freien Tagen Arbeit suchen und finden sie auch vielfach. Auch die Winger haben davon Vorteil, sie finden genügend Hilfskräfte in Zeiten, wo die Feldarbeiten sich zusammenhängen und sie können so manche Arbeiten, wie Rotungen, Neupflanzungen und dergl. ausführen, die bei Knappheit der Arbeitskräfte nicht unternommen wurden. Vor allem fällt aber der soziale Zustand in der Gemeinde weg, daß auf der einen Seite sporadische Winger schwer arbeiten und sagen können, sie müßten für 100 andere sorgen, die nicht arbeiten, und daß auf der anderen Seite Menschen feiern müssen, die arbeiten wollen. Und nicht zu vergessen, daß fast das aufgewandte Geld nur innerhalb der Gemeinde weiter umgelegt wird, an Geschäftsleute, Krämer, Bäcker, Metzger u. dergl.

\* Lauterbach, 18. Okt. Der Kreisverband pfälzischer Obstbauvereine hielt am Sonntag hier im Turnheim seine diesjährige Herbstwiderstandssammlung ab, die in Vertretung vom 2. Vorsitzenden, Obervermessungsrat L. d. n. e. r. Kirchheimbolanden, geleitet wurde. Es nahmen teil außer Vertretern des Bezirksamtes, Bürgervereins, des Kreisbauernamtes, des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses, der Reichsbahndirektion Ludwigshafen und des Pfälzischen Weinbauvereins, der Landwirtschaftsbezirksrat der Kreisregierung der Pfalz, Oberregierungsrat Heintz, Direktor Menger-Nürnberg vom Bayerischen Landesverband und der Kreisfachverbände der Pfalz.

Die zahlreiche besuchte Versammlung wurde durch den Vorsitzenden Lindner eröffnet und mit einer kurzen Ansprache des Regierungsvertreterz eingeleitet, der die Größe des Regierungspräsidenten übermittelte und seine Freude betonte, daß man die Wanderversammlung diesmal in die Nordpfalz verlegt habe, wo der Obstbau einen geschäftlichen Aufschwung n. h. n. e. Nach verschiedenen weiteren Begrüßungen erging zum Schluss die Rede des Kreisfachverbände, Landwirtschaftsrat Stuymann-Spener das Wort über Fragen des Obstbaues und der Obstverwertung. Er gab der Versammlung außerordentlich wertvolle Anregungen, wie bei planmäßiger Erzeugung auch die Möglichkeit des Absatzes und der Verwertung des Obstes gesichert werden können. Als lehrreiches Beispiel brachte der Redner das sehr segensreiche Obstjahr 1931 in Anwendung, das die Erzeuger vor die brennende Frage gestellt habe, wie die sehr reichlich ausgefallene Ernte abgesetzt und verwertet werden könne. Es sei nach den gemachten Erfahrungen dringend notwendig, der mangelhaften Produktion größtes Augenmerk zuzuwenden. In der Pfalz, wo man sich hauptsächlich auf den Erwerbsobstbau verlegt habe, müsse neben der Vorbereitung der Pfälzer vor allem schon vorzeitig eine planmäßige Absatzmöglichkeit geschaffen werden. Die wesentliche Bedeutung komme dabei dem organisatorischen Zusammenstoß aller Pfälzer in Absatzgemeinschaften zu, denen die Aufgabe obliege, eine zielbewusste Ernteverwertung anzustreben. Eine erfolgreiche Verwertung sei grundsätzlich in der Einheitlichkeit der Qualität der Ware bedingt, die, in ausreichender Menge auf den Markt zu bringen, die Pfälzer aber auch reiflos zur Anlieferungs-pflicht zwingen. Am wichtigsten müßte sich der Absatz nach dem Bedarf der Verbraucherschaft richten und sich mit der Anlieferung so anzupassen, daß künftighin nicht mehr der Handel, sondern der Erzeuger den Nutzen ziehen könne. Der rentabelste Absatz biete sich bei der Frischverwertung des Obstes und bei seiner Aufarbeitung in Dauerprodukte. Die Frischverwertung habe aber den Vorzug, weil für die Aufarbeitung das Kapital für entsprechende Einrichtungen fehle und heute die Konsumindustrie aus Absatzmangel nicht mehr so aufnahmefähig sei.

Die Erzeugung des Tafelobstes müsse besonders angestrebt werden, weil hierbei eine lagerungsfähige Ware gewonnen werde, die die Anlieferung nach dem Marktbedarf besser regeln läßt. Im solchen Ware in entsprechender Menge zu erzielen, sei es von größter Bedeutung, der Pflanze von halbhämmigen Kulturen und noch besser von Buschbäumen das Hauptaugenmerk zuzuwenden. Für solche Qualitätskriterien müsse vor allem ein total einwandfreies Material von anerkannter Abstammung zur Verwendung kommen. Hand in Hand müsse damit eine ordnungsmäßige Sortierung gemeinsam angestrebter Ware von bestimmten Absatzzentralstellen aus erfolgen, um die Handelsfähigkeit hinsichtlich Größe und Farbe zu

Selbstverständlich kann eine so große Anzahl Arbeiter nicht ausschließlich mit Kleintamarbeiten beschäftigt werden und so ergab sich eigentlich von selbst, daß neben kleineren Arbeiten auf den Feld- und Waldwegen der Ausbau der Kalmitstraße in Angriff genommen werden ist. Dabei konnten und können die Arbeiter auch zeigen, daß sie etwas leisten wollen. Allerdings ist der Straßenbau eine harte Arbeit. Die Leute, denen die neue Arbeit ungewohnt war, mußten sich erst einlernen. Außer einem gelernten Schmied und zwei Steinbrechern sind nur ungelernte Arbeiter tätig. Nach meinen Beobachtungen wurde bisher durchschnittlich gut gearbeitet, die Arbeiter haben sich mit den Arbeiten vertraut gemacht, und das Interesse wuchs, je länger die fertigen Straßenstrecken wurden. Auch glaube ich bei meinem letzten Verweilen in Mailammer wahrgenommen zu haben, daß der Bau der Kalmitstraße erheblich zum Frieden innerhalb der Gemeinde beigetragen hat, vielleicht weil der Winger in dem Arbeiter nicht mehr den Fäulenzler sieht, für den er sorgen muß, sondern den Mann, der bei schwerer Arbeit sein Brot verdient und weil der Arbeiter sich nicht mehr als Mensch zweiter Klasse fühlt, denn er arbeitet schwer für knapp bemessenen Lohn. Mühselige Arbeit bedeutet Frieden. (Fortsetzung folgt).

## Tagung der pfälzischen Obstbauvereine.

bestimmen. Bisher habe der freie Handel die Marktgänge in Rücksicht auf die Preisbildung außerordentlich geschädigt. Die Obstabsatzzentralstellen müßten vor allem Einlagerungsmöglichkeiten schaffen, um auch im Frühjahr noch gutes Winterobst dem Markte zuführen zu können und auf diese Weise den wirtschaftlichen Schädigungen des pfälzischen Erwerbsobstbaues vorzubeugen. Eine derartige Absatzregelung bedinge aber eine klare Erntevorhersage, nach der in jedem Erntejahr, und zwar schon frühzeitig, die anfallende Obstmenge und die Obstarten abgeschätzt, die Reifezeit bestimmt und solvenne Absatzquellen gesichert werden sollen. Unter letztere müßten vor allem auch die Brennereien fallen, die durch ihre sehr gute Verwertungsmöglichkeit erfahrungsgemäß immer noch eine befriedigende Rente abwerfen. Für geringwertiges Obst müßte man sich in erster Linie der Süßholzerzeugung zuwenden. Dem Redner wurde für seine klaren, erfahrungsreichen Richtlinien durch reichen Beifall gedankt.

Direktor Menger vom Bayerischen Landesverband verbreitete sich anschließend über die wichtigsten Belange des bayerischen und pfälzischen Obstbaues.

Den Referat schloß sich eine rege Aussprache an. Die Frühjahrshauptversammlung wird der Kreisverband in Homburg (Saar) abhalten.

## Gemeindezeitung.

Kandel. Der anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderatsmitgliedes Valentin Meier einberufene Erasmann aus dem Wahlbezirk „Sozialdemokratische Partei“, der hier wohnhafte Fabrikarbeiter Friedrich Bann, wurde durch den 1. Bürgermeister durch Handschlag verpflichtet. — Das Konzeptionsgesetz des Wirtes und Metzgers Johannes Lohbaum aus Altrip a. Rh. zum Weiterbetriebe der Schankwirtschaft „zur Sonne“ in Kandel wurde befürwortet, ebenso dasjenige des Wirtes Friedrich Hock für die Gastwirtschaft mit Fremdenherberge „zur Eintracht“. — Einer Min.-Beschlussung über die Erhebung der Wohlfahrtsabgabe entsprechend, wählte der Gemeinderat eine ständige Kommission, bestehend aus: 1. erster Bürgermeister Haverberger, als Stellvertreter zweiter Bürgermeister und Landwirt August Zetter; 2. Bezirksbaurat Emlich, als Stellvertreter; Schlossermeister Johannes Hauenslein; 3. Arbeiter Jakob Kern, als Stellvertreter; Planinspektor Bohlender. — Das Gesetz des Turnvereins e. V. Kandel um künftige Ueberlassung seines Sportplatzes wurde auf die nächste Sitzung zurückgestellt. Ebenso wurde das Gesetz des Vereins für Kesselspiele 1920 Kandel e. V. um Ueberlassung eines gemeindlichen Grundstücks oberhalb dem Kempischen Wohnhauses zur Erstellung einer Sporthalle beschlossen. — Auf Ansuchen wurde dem Mühlenbesitzer Friedrich Biecher auf der Reismühle das Fischereirecht im Altbach auf 6 Jahre unter Entrichtung eines jährlichen Pachtpreises von 10 Mark übertragen. — Den Antrag des Fortschrittlichen Kandel Nord zur Aufstellung eines neuen Betriebswerkes für den Gemeindefeld Kandel wurde zugestimmt. — Die Tätigkeit für Unterhaltung der Feuerlöschgeräte soll auf dem Submissionswege anderweitig vergeben werden. — Als gemeindliche Vertreter für die Steuerausgänge beim Finanzamt Kandel wurden bestellt: a) für den Grundbesitzeranspruch: als Mitglieder 2. Bürgermeister und Landwirt Zetter, als Stellvertreter: Landwirt Friedrich Bohlender, b) für die Gewerbesteuerabgabe: als Mitglied Schneidermeister Christoff Hemberger, als Stellvertreter: Schlossermeister Georg Stadler.







Ermittlung der Anlage- und Betriebskosten der Gruppengasversorgung bis Ortsgrenze, in der Ausarbeitung von Tarifen und der Aufstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Die mit 8000 RM. vereinbarten Kosten dieser Tätigkeit des Büros Oskar von Müller werden von den an der Pfalzgas beteiligten Kommunen usw. direkt getragen.

### Die Versorgung der Haardtgemeinden.

Aus dem Aufgabengebiet des Büros Oskar von Müller ergibt sich, daß zunächst mit aller Kraft an der Gasversorgung der Vorderpfalz und zwar der Haardtgemeinden gedacht ist. Vorbereitende Arbeiten sind hier bereits getan. Am 31. März 1931 hatte die Pfalzgas an verschiedene Haardtgemeinden ein Rundschreiben gerichtet. Die darauf eingegangenen Antworten lassen erkennen, daß bei den Haardtgemeinden ein sehr großes Interesse für eine Gasversorgung besteht. So sind zustimmende Antworten u. a. von Hambach, Edesheim, Edenföben, Diebesfeld, Deidesheim, Wadenheim, St. Martin und Königsbach-Ruppertsberg eingegangen. Zusammen mit der das Gebiet Muthbach-Gimmeldingen versorgenden A.-G. für Licht- und Kraftversorgung München, die weitere Konzessionen mit Deidesheim, Edenföben, Maitammer, Kirtweiler, Rhodt usw. bereits besitzt, aber noch nicht ausnützen konnte und wohl kaum ausnützen werden kann, da der Pfalzgas das Alleinbenutzungsrecht an den Staatsstraßen zugesprochen wurde, wurde die Wirtschaftlichkeit geprüft. Diese Prüfung ergab insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Versorgung Neubstadt — Muthbach — Dürkheim und Lambrecht. Die Luft hat drei Projekte ausgearbeitet: Gruppengasversorgung Grünstadt — Hettelndelheim, Anschluß Lambrecht an Neustadt, Gruppengasversorgung Muthbach — Deidesheim — Dürkheim. Bei der Ausarbeitung dieser Pläne ist man von dem Standpunkt ausgegangen, daß Drifschäften mit unter 800 Einwohnern angeschlossen werden, eine Frage, die später jedoch von der Lage der Drifschäfte zur Druckleitung abhängig gemacht werden muß. Berücksichtigt wurde bei der Ermittlung der Anlagekosten auch, daß eine schnelle Einführung von Gas nur dann möglich ist, wenn den Abnehmern bei Durchführung weitest entgegengekommen wird. Zusammenfassend kommt die Luft zum Schluß, daß bei einem Kopfverbrauch von 25 cbm die unterste Grenze der Wirtschaftlichkeit erreicht wird. Als Kosten des benötigten Gases wird für die Haardtgemeinden und Lambrecht auf den von der Luft mit Neustadt abgeschlossenen Gaslieferungsvertrag, bei Grünstadt auf einen Gaspreis von höchstens 6,5 Pfg. aufgebaut. Der Verlust in der Ferndruckleitung wurde mit 2 cbm/tm in 24 Stunden, im Ortsnetz 4 cbm je km zugrundegelegt, die Kompressionskosten mit 0,5 Pfg. pro gefördertem cbm, als Kapitalkosten 10 Proz. für Zins und Tilgung, als Instandhaltungskosten 1/2 Proz. des Anlagekapitals, als Aufschlag für die Untkosten der Pfalzgas 0,5 Pfg. pro cbm für die Ferndruckleitung, 5 Pfg. je cbm für die Verteilung innerhalb des Ortsnetzes (einschl. gesamte Verwaltung, Steuern, allgemeine Untkosten, Inflation, soziale Lasten, Abgaben, Werbung). Der Anschluß einer Drifschäfte darf nur erfolgen, wenn eine verbindliche Werbung das Ergebnis hat, daß mit 25 cbm pro Kopf Anfangsgasverbrauch gerechnet werden kann. Für normales Haushaltsgas mit 25, für normales Heizgas mit 12 Pfg. Grundpreis gerechnet, für Mungasmesser 3 Pfg. Aufschlag. Unter all diesen Gesichtspunkten betrachtet, errechnet die Luft für die Gruppengasversorgung Grünstadt bei einem Querschnitt von 60 mm bis Eisenberg und 50 mm bis Hettelndelheim (wobei bei Durchführung des Saargasbezuges die Hauptdruckleitung parallel verlegt wird) an Anlagekosten 79.000 RM., für Ortsnetze 161.000 RM., zuz. 240.000 RM. Ein Anschluß von Hettelndelheim ohne zwischenliegende Drifschäften ist unmöglich, da der Kapitaldienst für die Fernleitung allein rund 7 Pfg. ausmachen würde, dazu Gaspreis frei Hettelndelheim mit rund 3 Pfg., zusammen 15 Pfg., ein für das Gaswerk untragbarer Preis. Als Höchstpreis kommt für Hettelndelheim nur 12 Pfg. in Betracht. Bei Anschluß der zwischenliegenden Drifschäften ergibt sich ein Uberschuß von 1700 RM. Das Gaswerk Lambrecht arbeitet zurzeit mit Selbstkosten von 9,6 Pfg. Vom Gaswerk Neustadt könnte das Gas zu 9 Pfg. geliefert werden, bei welchem Preis sowohl an den Kosten frei Gasbehälter verdient wird und außerdem alle weiteren Investitionen für Gese usw. erpart werden.

Bei der Gruppengasversorgung Neustadt — Muthbach — Dürkheim ist der Anschluß Muthbach geregelt. Da auch Dürkheim sich mit der Absicht einer Stilllegung des Gaswerkes trägt, ersehen die Berechnungen der Luft, daß der Druckfrang Neustadt — Muthbach — Dürkheim sich allein durch die Gaslieferung an diese beiden Gaswerke trägt. Der wirtschaftlichste Rohrdurchmesser ist bis Muthbach 100 mm, nach Dürkheim 80 mm. Die Anlagekosten würden 160.000 RM. betragen. Ein Preis von 9,5 Pfg. wäre für die Gaswerke tragbar. Bei Anschluß von Deidesheim, Forst, Wadenheim, Ruppertsberg und Niederbachmühle ergäbe sich bei 25 cbm/Kopf ein Uberschuß von 4000 RM. Diese beiden letzten Projekte werden als besonders aussichtsreich bezeichnet.

Die Prüfungen des Büros Oskar von Müller werden sich also in der Hauptsache auf diese Projekte zu stützen haben, sie werden wohl zu ähnlichen Ergebnissen kommen, indem die Pfalzgas die Gruppengasversorgung Neustadt — Dürkheim und die Versorgung von Lambrecht als erstes zur Durchführung bringen kann. Die Frage der Fi-

nanzierung und in welcher Weise die Gasversorgung selbst erfolgen wird, ob durch die Pfalzgas — deren Kapital derzeit natürlich ganz unzureichend ist — oder durch die A.-G. für Licht und Kraft, sei es in eigener Regie, in Form von Pachtung usw. ist bisher noch nicht behandelt worden. Man rechnet aber damit, daß angesichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeitsvergebung Zuschüsse seitens der Arbeitslosenversicherung usw. zu erlangen sind. Jedenfalls wird das ganze Gasproblem der Pfalz nur durch Zusammenarbeit mit der A.-G. für Licht und Kraftversorgung und der Thüringer Gas (Gasanstalt Kaiserslautern A.-G.), die ja selbst an der Luft interessiert ist, gelöst werden können. E. S.-r.

### Polizeihaft bei Waffendelikten.

\*Die neue Notverordnung betr. Bekämpfung politischer Ausschreitungen enthält u. a. folgende Bestimmungen: „Wer auf frischer Tat bei einem Verbrechen

oder Vergehen betroffen wird, das mittels einer Waffe begangen worden ist, oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erheben mit einer Waffe begründet ist, muß in polizeiliche Haft genommen werden, wenn dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, und ist so lange festzuhalten, als diese Voraussetzung vorliegt. Die polizeiliche Haft ist aufzuheben, wenn gegen den Verhafteten die gerichtliche Untersuchungshaft angeordnet wird, oder wenn drei Monate seit der polizeilichen Inhaftierung vergangen sind. Gegen die Anordnung der Polizeihaft ist die Beschwerde im Dienstverfahre zulässig. Bestreitet der Verhaftete die Begehung der ihm zur Last gelegten Tat, so hat auf seinen Antrag über die Frage, ob dringender Verdacht vorliegt, der Amtsrichter des Bezirks zu entscheiden. In dem die Polizeihaft vollstreckt wird. Verneint der Amtsrichter den dringenden Tatverdacht, so ist die Polizeihaft aufzuheben.

## Kalmitsstraße.

### Ein Sozial- und Wirtschaftsproblem.

Von Geheimrat Almaras, Berlin.

(Schluß.)

Die Rheinpfalz hat anlässlich der Aufhebung der Bezeichnung einen Subventionsfonds von, soweit mir bekannt, 5 Millionen Mark erhalten, ein Almosen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwer die Pfalz bis 1930 unter der Befragung der Franzosen und unter der Separatistenherrschaft gelitten hat, u. wenn man Vergleiche anstellt, was sonst geleistet worden ist, so z. B. 500 Millionen Mark an die Schwerindustrie und 60 Millionen an das Saargebiet im Jahre 1924, der Milliardenbetrag der Hilfe usw. Daß aber nahezu die Hälfte dieser 5 Millionen Mark, wenn ich recht unterrichtet bin, der Reichsbahnverwaltung für ihre Eisenbahnbauten in der Pfalz abzugeben worden ist, ist wirklich nicht zu verstehen. Hätte die Reichsbahnverwaltung, die im übrigen Deutschland Brunnbahnhöfe, wie in Stuttgart, Königsberg und in den Vororten Berlins errichtet hat, die langen Strecken elektrifiziert u. damit die Anlagekosten um 200.000 Mark pro Kilometer erhöht hat usw. nicht ihre vornehmste Aufgabe darin sehen müssen, die Mittel bereit zu halten, damit sie nach Aufhebung der Bezeichnung die vernünftigen Bahnstrecken der Pfalz wieder in Ordnung bringen kann, hätte sie dies nicht mit eigenen Mitteln tun müssen, um auch ihrerseits dazu beizutragen, der Pfalz zu helfen? Die Gründe, warum sich die Regierung in Speyer darauf eingelassen hat, aus dem ihr verfügbaren kleinen Bestands der Reichsbahn zu subventionieren, sind mir nicht bekannt. Hoffentlich ist es ihr nicht gegangen, wie dem früheren Gouverneur von Neu-Guinea dem 200.000 Mark von seinem Fonds abzurufen werden mußten, weil er, wie es in der Begründung hieß, in dem thölpeligen Regierungssitz an den Gestaden des Stillen Ozeans nicht wußte, was er damit anfangen sollte. So sind bisher für den Bau der Kalmitsstraße aus dem Bestfonds keine Mittel genehmigt worden, obwohl damit ausschließlich die Arbeitslosen beschäftigt werden sollen und obwohl die Straße im öffentlichen Interesse liegt und nach ihrer Fertigstellung dem öffentlichen Verkehr dienen soll. Nun aber hat die Gemeinde Maitammer ergeizt, daß sie mit äußerster Sparsamkeit und verhältnismäßig niedrigen Kostenaufwand die Straße im Rohbau mit Arbeitslosen ausbaute und auch entschlossen ist, den Bau zu Ende zu führen. Man darf deshalb erwarten, daß die Regierung wenigstens einen kleinen Zuschuß leistet, daß sie nämlich die Kosten trägt, die für die Beschaffung des Schotterts entstehen und daß sie ihre Dampfwalze nebst Zugerät und Bedienung kostenlos zur Verfügung stellt. Die weitere Voraussetzung ist, daß wie bisher die Mittel der Wohlfahrtsfürsorge, so weiterhin der Reichsarbeitslosenunterstützung für den Bau verfügbar werden, was nicht schwer sein dürfte, wenn die Reichsversicherungsanstalt die Regierung u. die Gemeinde, sowie die Arbeiter den Willen haben, die Unterstützung in produktive Arbeit umzuwandeln.

Wenn nach den gleichen Richtlinien vorgegangen würde, dürfte es der Regierung und den beteiligten Gemeinden nicht schwer sein, auch die Verbindungsstraße Kalmits-Forsthaus Hettelndelheim, die rund 9 Kilometer lang sein wird, auszubauen.

Zum Schluß noch ein paar Worte zum Höhenhaus auf dem Kalmits, richtig gesagt zu dem Palan, ein solches auf dem Gipfel zu errichten. Darüber ist ja neuerdings eine große Pressehebe entstanden, deren Sinn und Zweckmäßigkeit, ich offen gestanden, nicht recht verstanden habe. Soviel scheint mir aber klar zu sein, daß dem Pfälzerwaldberein mit der 1929 einigenden Wirtschaftskrise auch die Möglichkeit, die für den Bau des Höhenhauses nötigen Kredite zu bekommen, immer mehr geschwunden ist. Warum darüber streiten, was man hätte tun können oder sollen. Vielleicht ist es ganz gut, daß das Höhenhaus noch nicht gebaut ist, wenigstens, wie vorgegeben, auf dem Gipfel des Kalmits. Man sollte nochmals eingehend

prüfen, ob diese Stelle die richtige ist. Von einem Gipfel soll man möglichst nach allen Seiten freie Aussicht haben. Mit dem Höhenhaus aber und seinen Nebengebäuden und den nötigen Einzuungen wäre noch ein großer Teil der Aussicht verbaute, spätere Erweiterungen wären nicht gut möglich, zumal die verfügbare Fläche nicht sehr groß ist. Auch bei der inmitten trübender Menschen, die Natur genießen, ist nicht immer jedermanns Sache.

Dabei kann man auf der Kalmitspitze setzen im Freien sitzen. Immer wehen starke Winde und herrschen rauhe Winde und Wetter von Nord-Osten her vor. Man ist also gezwungen, in den abgeschlossenen Innentäumen des Höhenhauses zu rasten, wo die Aussicht immer sehr beschränkt bleibt. Auch vom kalmitschen Standpunkte bestehen Bedenken gegen den Bau auf der Spitze des Berges. Die schlechten Erfahrungen, die man inzwischen mit dem neubauten Aussichtsturm gemacht hat, sollte man nicht außer Acht lassen. Und es ist auch nicht Zufall, daß man sonst in der Welt solche Gaststätten wie z. B. in den Alpengebirge die Bauten in den Alpen die Hütten, selten auf Berggipfeln, meistens an geschützten Stellen unterhalb der Bergspitzen aufgebaut hat.

Nun gibt es 7 Minuten vom Kalmitsgipfel entfernt, am Südbahnhof des kleinen Kalmitsberges, da, wo der Hambacher Weg die Schneise nach dem Felsenmeer schneidet, ein für Maßhaus wie geschaffener Platz. Nach Norden und Osten geschützt, im flachen Gelände, nach Süden, Westen und Südosten schöne Aussicht, ein an den Berg sich anknüpfender, eingeschossiger Rundbau mit Glasveranda, davor terrassenförmige Abflusungen mit Tischen und Stühlen, um im Freien zu sitzen, das würde ich als die beste Lösung für die Anlage des Höhenhauses ansehen.

Meines Erachtens wird der Bau und Betrieb eines Höhenhauses auf dem Kalmitsgipfel immer ein gutes Geschäft sein. Die Gemeindeverwaltung war also mehr als entgegenkommend, wenn sie, wie es in dem Vertragsskizzen vorgegeben war, dem Pfälzerwaldberein ohne finanziellen Nutzen für die Gemeinde auf fast zwei Millionen hinaus den Wirtschaftsbetrieb auf dem Kalmits überlassen wollte. Nun baut sie aber die Straße, mit deren Fertigstellung sich der Verkehr auf der Kalmitspitze erheblich steigern wird. Es ist deshalb nicht mehr als recht und billig, daß sich die Gemeinde bei einem zukünftigen Konzessionsvertrag durch Pachtgebühren oder Gewinnbeteiligung Einnahmen aus dem Unternehmen sichert. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Gemeinde das Höhenhaus selbst baut, auch nicht, daß sie es ganz oder zum Teil finanziert.

Die Maitammer sind stolz auf ihren Kalmitsberg. Aus diesem Empfinden heraus erklärt sich auch, daß sie trotz der schweren Zeit die Straße auf den Berg bauen und daß in der Gemeinde das Interesse für den Fortschritt des Baues allgemein ist. Es erklärt sich aber auch der erhebliche Widerstand innerhalb der Bürgerheit dagegen, daß ein außerhalb der Gemeinde stehender Verein das Verfügungsrecht über den Gipfel des Berges auf fast zwei Millionen hinaus abgetreten werden soll, noch mehr ihre Befürchtung, daß die Abtretung eine dauernde werden könnte. Daß sich die Gemeindeverwaltung daraufhin jeden Vertrag genau ansieht und prüfen läßt, und nicht übereilt handelt, kann man ihr nicht verargen, aber bei beiderseitigem guten Willen wird sich auch eine Einigung „dem Pfälzerwaldberein herbeiführen lassen. Man soll nur nicht viel schreiben oder gar den Verärgerten spielen, sondern sich zusammenziehen, miteinander reden und das, was der andere nötig hat, versprechen wollen.

Das Höhenhaus auf dem Kalmitsgipfel und die Straße zum Gipfel sind Erfordernisse der Zeit, und so werden sich auch die Mittel und Wege finden, beide Projekte zu verwirklichen, allseitiger guter Wille vorausgesetzt.